



Bomben statt Zölle

Der Supreme Court hat Donald Trump die Zölle, sein bevorzugtes Machtinstrument, entzogen. Nun werden militärische Mittel für die amerikanische Aussenpolitik wichtiger. Wie das Zollurteil die Welt verändert – und was dies für die Schweiz bedeutet.

Als ihm ein Mitarbeiter die Nachricht mitten in einem Treffen mit Gouverneuren im Weissen Haus zusteckt, fragt Donald Trump nach: «Es ist also eine Niederlage?» Ist es, und der amerikanische Präsident schäumt vor Wut, auch wenn er äusserlich die Fassung bewahrt. Der Supreme Court in Washington erklärte Trumps Zollpolitik, das Kernstück seiner Präsidentschaft, am Freitag für illegal.

Wenige Stunden später tritt Trump vor die Presse, um seinen neuen Schlachtplan gegen die Welt zu verkünden. «Jetzt tanzen die Länder, aber sie tanzen nicht lange», sagt der bald 80-Jährige. Wenn er wolle, könne er noch immer Länder zerstören. Doch auch von Zöllen schwor er nicht zu lassen. Erst kündigte er einen neuen, global geltenden Importzoll von 10 Prozent an. Gestern erhöhte er den Satz bereits wieder auf 15 Prozent. Die neuen Zölle gelten vorerst für 150 Tage. Was bedeutet das für die Welt, was für die Schweiz?

1. Die Zölle dürften auf bis zu 20 Prozent ansteigen

Zuerst 10 Prozent, einen Tag später 15 Prozent – mit seiner Reaktion auf das Urteil des Supreme Court machte Trump seinem Ruf als Chaos-Präsident alle Ehre. «Das erratische Verhalten des US-Präsidenten verschärft die Verunsicherung zusätzlich. Das ist für die Tech-Industrie sehr schlecht, weil kaum Investitionsentscheide gefällt werden», sagt Martin Hirzel, Präsident des Industrieverbandes Swissmem.

Am Samstag ging man beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) davon aus, dass Trumps jüngste Zölle von 10 Prozent auf jene Sätze auf-

geschlagen werden, die vor dem 2. April 2025 galten – bevor Trump seinen globalen Zollkrieg begann. Diese lagen für die Schweizer Industrie bei durchschnittlich 5 Prozent, je nach Produktkategorie. Damit hätte die Zollbelastung für die meisten Güter aus der Schweiz ab Dienstag bei etwas weniger als 15 Prozent gelegen, wie Hirzel vorrechnete.

Mit Trumps jüngster Erhöhung des Aufschlags um 15 Prozent wären es für Industrieprodukte generell aber rund 20 Prozent – und damit mehr als die Obergrenze, die im Joint Statement Mitte November vereinbart worden war. Hirzel sagt dazu: «Die Preise für amerikanische Kunden erhöhen sich damit empfindlich. Positiv aus Sicht der Schweizer Tech-Industrie ist einzig, dass für ausländische Konkurrenten ähnliche Zollsätze gelten dürften.» Unklar bleibt aber, was nach Ablauf der 150-tägigen Frist geschieht. Rahul Sahgal, Chef der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, sagt warnend: Das Risiko höherer Zölle könne danach nicht ausgeschlossen werden.

2. Schweizer Firmen fordern nun das Geld zurück

Trump's neue Zölle ändern nichts daran, dass der Supreme Court die bisherigen Strafzölle für illegal erklärt hat. Diese können deshalb zurückgefordert werden, auch wenn Trump nun auf einer neuen Rechtsgrundlage wieder ähnlich hohe Zölle einführt. In den USA bereiteten sich Firmen schon länger auf diesen Fall vor. Sie verlangen nun von der Regierung das Geld zurück, das sie in Form von Zollabgaben auf ihre Importe zahlen mussten.

Auch Schweizer Firmen reißen sich in die Reihe der Kläger ein. Insgesamt fielen zwischen



April und November 2025 Zölle in Höhe von fast 2 Milliarden Dollar auf Schweizer Gütern an. Ansprüche geltend machen können die Unternehmen, wenn sie in den USA eine Niederlassung haben.

Zum Beispiel die Uhrenindustrie. Typischerweise produziert sie in der Schweiz und verkauft die Produkte in eigenen Boutiquen in den USA. Jenseits des Atlantiks wurde der Zoll fällig. «Wir werden versuchen, die Zölle von der US-Regierung zurückzufordern. Ich kann nicht offenlegen, wie viel wir bezahlt haben, aber es sind signifikante Beträge», sagt Georges Kern, CEO und Mit-eigentümer der Marke Breitling. Auch die Schokoladenfirma Läderach prüft eine Rückerstattung: «Wenn sich die Möglichkeit ergibt, zu viel gezahlte Beträge zurückzufordern, werden wir das tun», teilt ein Sprecher mit.

Auch buchhalterisch könnte das Verdikt des höchsten Gerichts einen Einfluss haben. Betroffene Firmen könnten nachträglich ihre Gewinne aufbessern. «Die Auditoren prüfen jetzt, was der Supreme-Court-Entscheid für die Erfolgsrechnung bedeutet. Es kann sein, dass man sich die seit September bezahlten Zölle gutschreiben kann, auch wenn man das Geld effektiv erst in zwei oder drei Jahren sieht», sagt der Uhrenpatron Kern.

3. Die Schweiz wird weiter mit den USA verhandeln

Die Schweiz hat mit den USA erst einen provisorischen Zoll-Deal. Doch die Trump-Administration macht Druck und möchte schon bis Ende März ein fertiges und rechtsgültiges Abkommen ausgehandelt haben. Eben erst war eine Delegation in Bern. Die Gespräche seien «konstruktiv» verlaufen, sagt ein Insider aus dem Bundeshaus. Doch innenpolitisch hat sich die politische Ausgangslage für die Verhandlungen verändert.

Während die Grünen jetzt einen Abbruch fordern, spielen die Sozialdemokraten auf Zeit. «Der Bundesrat darf nun sicher keine Konzessionen machen und nichts unterschreiben», sagt der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth. «Nach den Wahlen im November sind die Zölle hoffentlich vom Tisch.» Gar nicht so anders tönt der Unternehmer und FDP-Nationalrat Simon Michel: «Jetzt einen Deal mit 15 Prozent Zöllen zu unterschreiben, wäre sicher nicht intelligent», sagt er. Die Verhandlungsposition der Schweiz habe sich durch das Gerichtsurteil verbessert, betont der Freisinnige. Das Thema Zölle sei aber nicht erledigt, sagt Michel. Auch die neue Ausgangslage berge Gefahren. Die Schweiz müsse damit rechnen, dass Trump das Land weiter auf dem Radar habe und versuchen werde, wichtige Branchen wie Pharma oder Medtech mit sektoriellen Zöl-

len zu belegen, um Druck aufzubauen. «Wir können auf keinen Fall durchatmen. Das Problem ist längst nicht vom Tisch.» Deshalb sei zentral, dass die Gespräche weitergingen.

4. Unternehmen investieren trotzdem Milliarden in den USA

In der Wirtschaft herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Schweiz die Handelsgespräche mit den USA weiterführen soll. Ein zentrales Element des sogenannten Joint Statement, das man bis Ende März in ein verbindliches Abkommen überführen will, sind die zugesagten Investitionen von 200 Milliarden Dollar durch Schweizer Unternehmen in den USA.

Für den Swissmem-Präsidenten Martin Hirzel steht fest, dass an diesen Investitionen festgehalten werden soll: «Die meisten dieser Investitionen waren ohnehin geplant. Es ist eine Konzession, die der Schweiz nicht weh tut.» Rahul Sahgal von der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer ist dafür verantwortlich, die Investitionszusagen der Schweizer Firmen in den USA zu erfassen und zu überwachen. Auch für ihn ist klar, dass das Gerichtsurteil wohl kaum etwas an den Investitionen ändert.

5. Digitalsteuer wird wieder aufs Tapet kommen

Der ehemalige amerikanische Botschafter in Bern, Ed McMullen, ist einer der eifrigsten Strippenzieher im Zollstreit. Das Urteil des Supreme Court sei so zu erwarten gewesen, schreibt er auf Anfrage der «NZZ am Sonntag». «Diese Gerichtsentscheidung sollte keinerlei Auswirkungen auf die positive Handelsbeziehung haben, die die Schweiz und die USA aufgebaut haben.» Für den Trumpisten soll wieder Friede, Freude und Business herrschen zwischen den USA und der Schweiz.

Doch so einfach wird es nicht. Das Vertrauen in die «sister republic» ist beschädigt. Europa und die Schweiz müssten dringend unabhängiger von den Vereinigten Staaten werden, sagt die Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone. «Die fast vollständige Abhängigkeit von US-Technologie ist eine Gefahr für unsere Souveränität.» Sie kritisiert, dass die Schweiz mit ihrer laxen Regulierung der Plattformen der Tech-Konzerne einen «Kniefall vor Trump» gemacht habe. Für die Grünen und die SP gehört auch das Thema einer Digitalsteuer wieder auf den Tisch. Für Trump ist das Thema ein rotes Tuch.

Zurückhaltender sind bürgerliche Wirtschaftspolitiker. Sie hoffen primär, dass endlich wieder Ruhe einkehrt. «Ich bin nicht euphorisch, aber zuversichtlich», sagt der SVP-Nationalrat Franz Grüter. Im Bereich der Digitalpolitik mahnt er zur Zurückhaltung. Den technologischen



Vorsprung der Amerikaner würden Europa und die Schweiz nicht über Nacht wettmachen. «Und schon gar nicht, indem die Branche massiv reguliert wird.»

6. Europäische Rüstungsfirmen werden attraktiver

Der Gerichtsentscheid und das Hin und Her bei den Zöllen erschüttern das Vertrauen in die USA als Geschäftspartnerin. Darum sieht sich die Linke nun in ihrer Kritik am Kauf des amerikanischen Kampfflugs F-35 und der Patriot-Abwehrraketen bestätigt. «Diese Geschäfte muss der Bund abbrechen, ganz unabhängig von der Diskussion über die Zölle», sagt der SP-Co-Präsident Wermuth.

Europaweit laufen zurzeit Diskussionen, inwiefern sich der alte Kontinent rüstungstechnisch von den USA emanzipieren kann. Die Schweiz hingegen hält trotz grossen Spannungen bei der Luftverteidigung an den USA als zentralem Partner fest. Derzeit hofft man beim Bund, endlich Klarheit zu erhalten, wann und zu welchen Konditionen die Patriot-Systeme geliefert werden. Dem Vernehmen nach sind entsprechende Gespräche in den kommenden Tagen geplant.

«Klar, die Schweiz musste erleben, dass manche Abmachungen nicht viel zählen», sagt Reto Nause, Sicherheitspolitiker der Mitte. Doch die gegenwärtige Sicherheitslage verbiete es, den Deal einfach zu kippen. «Wir haben bestellt und bereits einen Teil auch bezahlt», sagt auch der FDP-Nationalrat Heinz Theiler. «Die Armee braucht die Patriots, darum muss der Bund am Kauf festhalten.» Hinter den Kulissen ist aber zu hören, dass der Bund sich zunehmend auch für ein europäisches Konkurrenzsystem interessiert. Hält Washington die Schweiz noch lange hin, dürften diese Sondierungen konkreter werden.

7. Trump hat noch ein paar Pfeile im Köcher

Der Supreme Court hat Trump das Lieblingsspielzeug weggenommen: Der Präsident kann nicht mehr nach Lust und Laune andere Länder mit hohen Zollsätzen abstrafen. Doch ganz auf Zölle muss Trump auch in Zukunft nicht verzichten. Neben dem bereits verwendeten Abschnitt 122 des Handelsgesetzes von 1974 – bis zu 15 Prozent Zoll für 150 Tage – wird der amerikanische Präsident noch wenigstens zwei weitere rechtliche Möglichkeiten nutzen. Nach Abschnitt 301 der Trade Expansion Act kann Trump eine Untersuchung «unangemessener und diskriminierender» Handelspraktiken eines Landes veranlassen und dann Strafzölle erlassen. Dafür benötigt er nicht die Zustimmung des Kongresses. Ein solches Verfahren braucht allerdings Zeit.

Abschnitt 232 der Trade Expansion Act von 1962 erlaubt dem Präsidenten, Zölle zur Abwehr

des Imports von Waren und Gütern zu verhängen, welche die «nationale Sicherheit» der USA bedrohen. Trump tat dies in der Vergangenheit bereits, um etwa die Einfuhr von Stahl und Aluminium aus China zu beschränken. Dieses Instrument steht ihm noch immer zur Verfügung.

8. Wahlniederlage für Republikaner wird wahrscheinlicher

Am Dienstag wird Donald Trump seine alljährliche Rede zur Lage der Nation vor den beiden Häusern des Kongresses halten. Keine leichte Übung. Auch die Verantwortlichen für Trumps grösste politische Niederlage, die er in seiner Präsidentschaft erlitten hat, sitzen dann unter den Zuhörern: die Richterinnen und Richter des Supreme Court. Trumps Republikaner werden ihren Präsidenten mit stehenden Ovationen feiern, doch in Wirklichkeit brodelte es im Maga-Lager.

Die Republikaner sind in der Falle. Sie müssen Trumps Zölle verteidigen – die neuen wie die alten, die noch in Kraft bleiben – und wissen doch, dass diese bei den Wählern höchst unpopulär sind. Die Zölle werden zu 90 Prozent als höhere Warenpreise an die Amerikaner weitergereicht. Vor allem müssen die Republikaner im Senat und im Abgeordnetenhaus tun, was sie lange Zeit vermieden hatten: sich als Gesetzgeber mit Trumps Zöllen befassen. Ende Juli läuft die fünfmonatige Frist für jene Zölle aus, die der Präsident legal ohne Beteiligung des Kongresses verhängen kann. Dann müssen Senatoren und Abgeordnete über eine Verlängerung abstimmen. Ein Himmelfahrtskommando für die Republikaner, gut drei Monate vor den Midterm-Wahlen. Eine Wahlniederlage wird nun noch wahrscheinlicher. «Zölle sind beschissen und nutzlos», so zitierte Trumps Haussender Fox News anonym einen Republikaner.

9. Das Militär ersetzt die Zölle als Druckmittel

Der «Zoll-Mann» Trump wird zwar weiter Aussenpolitik als Handelspolitik betreiben. Doch die Versuchung, statt auf Zölle auf das Militär zurückzugreifen, um seine Interessen durchzusetzen, wird noch steigen. Ermutigt durch die gelungene Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro Anfang Januar, mag Trump offen für weitere Militäreinsätze sein: eine Blockade Kubas, einen Angriff auf Drogenkartelle in Mexiko, einen Regimewechsel in Teheran, herbeigeführt – so die Hoffnung – durch ein gezieltes Bombardement der politischen und militärischen Führung.

Trump's Armada stand schon bereit für einen Angriff auf Iran, als der Präsident vom Zoll-Entscheid des Supreme Court informiert wurde.

NZZ am Sonntag
8008 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/nzz-am-sonntag/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenmedien
Auflage: 84'522
Erscheinungsweise: wöchentlich



Seite: 2,3
Fläche: 91'840 mm²

Auftrag: 3009561
Themen-Nr.: 272002
Referenz:
89539d69-172c-44b7-9cb1-d0cfe84084b9
Ausschnitt Seite: 4/5

Ein wochenlanges Bombardement am Golf würde die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit von der Niederlage des Präsidenten ablenken. Kein unwichtiges Argument für Donald Trump.

10. Die Finanzlage der USA spitzt sich noch mehr zu

Auf den ersten Blick wirkt das Urteil wie ein Konjunkturprogramm. Die amerikanische Wirtschaft ist im vierten Quartal um nur 1,4 Prozent gewachsen. Der Wegfall der Zölle senkt nun die Kosten für Importeure, könnte den Konsum beflügeln und die Gewinnmargen der Unternehmen verbessern.

Theoretisch. In der Praxis dürfte die Erleichterung von kurzer Dauer sein, weil Trump bereits neue Zölle angekündigt hat. Die wirtschaftliche Unsicherheit für Unternehmen bleibt somit hoch, und das ist wohl gravierender als die Zölle selbst.

Sicher scheint, dass sich das Loch im Finanzhaushalt der USA weiter vergrössern wird, mit Folgen für die Staatsverschuldung. Das für 2026 erwartete Budgetdefizit beträgt rund 6,5 Prozent oder 2 Billionen Dollar. Die wegfallenden Zolleinnahmen von bis zu 200 Milliarden Dollar machen nur gerade 10 Prozent davon aus.

So oder so wird die amerikanische Regierung in den kommenden Monaten massenhaft neue Staatsanleihen emittieren müssen, und das zu tendenziell schlechteren Konditionen. Die Rendite der 10-jährigen US-Staatsanleihen beträgt 4,1 Prozent – die nächsten Tage werden zeigen, ob dieser Zinssatz noch steigt: Dann würden sich auch die Konditionen für Hypotheken verschlechtern.

Markus Bernath, Georg Humbel, Moritz Kaufmann, Simon Marti, Thomas Schlittler, Markus Städeli





US-Wirtschaft, Investitionsversprechen, Zollverhandlungen, militärische Macht: Der Entscheid des Supreme Court hat weitreichende Folgen.



Ende Juli müssen Abgeordnete über eine Verlängerung der Zölle abstimmen. Ein Himmelfahrtskommando für die Republikaner.